

Datum: Februar 2008
Zeichen: GF

Bürokratismus, Vergabepraktiken und Handlungsbeschränkungen der Öffentlichen Hand

Sehr geehrte Damen und Herren,

die vielfältigen Rückmeldungen aus Politik, Wirtschaft und Medien auf unsere Schreiben Ende 2007 haben uns bestätigt, motiviert und veranlasst, nochmals für Bürokratieabbau zu werben. Dabei sei herausgestellt, dass es nicht unser Anliegen ist, vergangene Vergabeentscheide zu revidieren oder bei einem öffentlichen Auftrag doch noch zum Zuge zu kommen.

Unser Beweggrund ist es, offensichtliche und vielfach kritisierte Missstände nicht einfach hinzunehmen, sondern Denkanstöße und Anregungen zu geben. Auch möchten wir für die Thematik sensibilisieren und andere Personen und Institutionen zum Handeln motivieren. Bürokratieabbau auf kommunaler, Landes-, Bundes- oder gar EU-Ebene wird es nicht geben ohne vielfache Initiative von Politikern, Verbänden, Unternehmen und aus dem Privatbereich.

Wir bringen unsere Erfahrungen aus einer relativ kleinen Sparte der Aufzugsbranche ein, stellen aber fest, dass allein hier hohe Einsparungen durch Bürokratieabbau und mehr Entscheidungsfreiheit der Verwaltungs- und Vergabestellen möglich wären. Aus unserer Sicht besteht im wesentlichen bei drei Punkten großer Handlungsbedarf.

1. Bürokratismus

Die Unternehmen werden überflutet mit neuen Richtlinien, Hinweisen, Informationen, etc. Dass diese meist von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich sind, macht die Situation in einem Drei-Länder-Eck wie der Metropolregion Rhein Neckar noch unübersichtlicher. Während in der Privatwirtschaft bei vergleichbaren Angeboten vier bis sechs Seiten genügen, umfassen kommunale Ausschreibungen mindestens 60 Seiten mit Wiederholungen und Widersprüchen. Es ist verständlich dass öffentliche Ausschreibungen umfassender sein müssen, aber nicht in diesem überzogenen Maße. Folglich schrecken Handwerksbetriebe oder mittelständische Unternehmen aus Kostengründen vor kommunalen Ausschreibungen zurück. Dies führt zur Schwächung des lokalen Mittelstandes, der an anderer Stelle dazu aufgefordert wird, bei Ausbildung, Arbeitsplätzen und bei Kultur- und Sozialförderung eine tragende Rolle zu spielen.

Eine besondere Blüte der Bürokratie sei zur Veranschaulichung kurz erwähnt: Die Ausschreibung zur Erneuerung der beiden Personenaufzüge im Rathaus Mannheim. Aus strategischen und lokalpatriotischen Gründen lag unser Angebot weit unter dem Normalpreis und war somit 35.000 EUR unter dem zweitgünstigen Bewerber. Dies führte zur Aufforderung,

Geschäftsleitung

den niedrigen Preis anhand von ca. 120 Eintragungen aufzuschlüsseln, was nicht umsetzbar war. Letztlich erhielten wir eine Absage aufgrund angeblicher Formfehler, wir formulierten im Begleitschreiben „Mehrpreise“ und nicht „Nebenangebot“ (s. Anlage). Der Stadt gehen 35.000 EUR verloren, am gleichen Tag wird in der Zeitung berichtet, dass Eltern Schulzimmer streichen weil die städtischen Gelder fehlen.

Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit von überprüfbaren Regeln ist unser Wunsch an die Gesetzgebung, das bestehende Wirrwarr an Verordnungen, Richtlinien, etc. zu entrümpeln und zu vereinheitlichen. Vereinfachungen und Reduzierung auf das Nötigste wären schon ein bedeutender erster Schritt zum Abbau der Bürokratie. Wenn diese dann mit Augenmaß und Vernunft angewendet werden, können alle Seiten profitieren.

2. Vergabepraktiken

Die Gesetzgebung gibt vor, dem wirtschaftlich günstigsten Angebot den Vorzug zu geben. In der Praxis wird dies leider nur selten umgesetzt. Bei Produkten wie Aufzugsanlagen mit einer Lebensdauer von 20-30 Jahren wird die Wirtschaftlichkeit durch mittel- bis langfristige Lebenszykluskosten bestimmt, i.d.R. nach Ablauf der Gewährleistungszeit. Die finanziellen Folgen eines Vergabeentscheids werden also u.U. gar nicht mehr vom Entscheider selbst getragen. Direkt verantwortet wird meist nur der Anschaffungspreis, was häufig zu kurzfristigen Entscheidungen führt. Welcher Sachbearbeiter traut sich ohne politische Rückendeckung, ein Angebot zu favorisieren, das heute etwas teurer ist, dessen Einsparungen sich jedoch erst in fünf Jahren zeigen? Somit bleibt Qualität auf der Strecke und mittelfristig wird Geld verschwendet um kurzfristige Interessen zu bedienen.

Wie wäre es, den Kommunen und Vergabestellen mehr Entscheidungsfreiheit zuzugestehen? Dies könnte innerhalb vorab fest definierter Spielräume erfolgen, um weiterhin die notwendigen Kontrollmöglichkeiten zu gewährleisten.

Nach unseren Erfahrungen besteht ein weiteres Manko darin, dass die Finanzkraft der Anbieter eine zu geringe Rolle spielt und zu wenig Sicherheiten für die Auftragsabwicklung gefordert werden. Beispiel hierfür: Neubau der Medizinischen Klinik Heidelberg, mit einer hohen Auftragssumme für die Aufzugsanlagen. In Fachkreisen waren die finanziellen Probleme des Anbieters schon lange Zeit bekannt. Wie zu erwarten ging die Firma während der Montagesphase in Konkurs und das Land verlor einige 100.000 Euro.

Wegen solcher und ähnlicher Fälle sollte es Usus sein, von Anbietern den Nachweis zu fordern, dass die Arbeiten komplett ausgeführt werden können. Eine Alternative ist die Vereinbarung entsprechender Bürgschaften, wie in der Privatwirtschaft üblich.

3. Handlungsbeschränkungen

Vergabefremde Aspekte, wie z.B. die Einhaltung von Tariflöhnen oder die Ausbildungsleistung, werden bei öffentlichen Ausschreibungen nach heutiger Rechtslage nicht berücksichtigt. Stattdessen werden spezielle Förderprogramme und Zusatzmaßnahmen gefordert. Unsere Sichtweise ist eine andere. Warum sollten Investitionen in die Region und die Wahrnehmung sozialer Verantwortung bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen nicht honoriert werden? Unsere Ausbildungsquote z.B. liegt bei über 25%.

Geschäftsleitung

Schließlich kommt diese Leistung über niedrigere Sozialkosten, höhere Steuereinnahmen und stärkerer Kaufkraft wieder den öffentlichen Kassen zu Gute. Auch hier täte gesamtheitliches und langfristiges Denken gut. Billiglohnanbieter sparen einem einzelnen Dezernat evtl. ein paar Euro – die Folgekosten hat dann wieder die Gesamtheit zu tragen und sie verschwinden somit aus dem individuellen Verantwortungsbereich. Ganz davon abgesehen, dass die o.g. Förderprogramme und Zusatzmaßnahmen wiederum einen eigenen bürokratischen Rattenschwanz nach sich ziehen, der den positiven Effekt zumindest stark schmälert.

Daher plädieren wir dafür, den öffentlichen Auftraggebern zumindest im Rahmen geringer Preisdifferenzen die Berücksichtigung vergabefremder Aspekte zuzugestehen. Berechtigten Bedenken wie Korruption und Hoflieferantentum ließe sich durch geeignete Kontrollmaßnahmen Rechnung tragen, z.B. klar definierte Preisspielräume, verbesserte Kontrollbefugnis der Vergabeausschüsse oder Korruptionsregister.

Politisches Denken liegt uns fern und bei vielen Dingen haben sicherlich unterschiedliche Sichtweisen Berechtigung. Jahrelang scheuten wir den Aufwand, uns gegen die herrschenden Zustände aufzulehnen. Auch jetzt gäbe unsere wirtschaftliche Lage keinerlei Anlass, unser Verhalten zu ändern. Aber die Missstände haben in einem Maß zugenommen, dass uns Schweigen nicht mehr opportun erschien. Wir fordern die gesetzgebenden und ausführenden Organe dazu auf, ihre Verantwortung gegenüber den Wählern wahrzunehmen und bei der öffentlichen Auftragsvergabe einen kostenbewussten Umgang mit Steuergeldern sicherzustellen.

Wir freuen uns darauf, unser Engagement nun wieder ganz dem Aufzugsbau zu widmen. Die Zufriedenheit unserer Kunden ist uns dabei Bestätigung und Motivation.

Mit freundlichen Grüßen

Lochbühler Aufzüge GmbH

Anlage

Falls nicht beiliegend finden Sie weitere Informationen im Internet oder wir schicken sie zu (www.lochbuehler.de/Archiv/Sonstiges)

- Beispiele für unsere Erfahrungen mit Ausschreibungen der öffentlichen Hand
- Unsere vorangegangenen Schreiben zum gleichen Thema Ende 2007
- Reaktionen aus Politik, Wirtschaft und Medien
- Radiobericht vom 28.01.2008 im Kurpfalzradio

Kopie an

Landes- und Bundestagsabgeordnete der Metropolregion

(Ober-) Bürgermeister der Metropolregion

Gemeinderäte der Stadt Mannheim

Geschäftspartner der Firma sowie Freunde und Bekannte der Familie Lochbühler

Unternehmen, Medien, Institutionen und Vertreter des öffentlichen Lebens der Metropolregion